

# UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

6. JAHRGANG, NR. 13

LEIPZIG, 29. MÄRZ 1962

Preis 15 Pf

Algérie algérien (Seite 2) Phantom „Einheit der deutschen Wissenschaft (I)“ (Seite 5)

Prof. Kurt Hager sprach im Marxistischen Kolloquium

## DDR-Wissenschaft im Dienste der Nation

Es gibt keine neutrale Wissenschaft. Wir verwirklichen heute in der DDR die Forderungen der humanistischen und patriotischen deutschen Wissenschaftler. Sich dafür einzusetzen, daß die Wissenschaft dem Frieden dient, das ist die höchste nationale Pflicht eines Wissenschaftlers.

Die Bonner Ultras haben Angst, daß positive Ergebnisse in Genf den Abschluß eines Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt beschleunigen.

Die Vorschläge der DDR zur Entspannung und Abrüstung in Deutschland zeigen dem deutschen Volk, daß es einen Weg zur Sicherung des Friedens gibt.

Der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat ist die Verwirklichung der jahrzehntelangen Kämpfe um ein besseres und neues Deutschland. Deshalb werden wir diese Republik mit Zähnen und Klauen schützen gegen diejenigen, die sie anzutasten wagen.

Wir erziehen die Jugend zu einem echten Nationalbewußtsein, im Sinne Goethes, Heines und aller Großen unserer Geschichte.

Das nationale Grundsatzprogramm ist ein Dokument, das die Grundkonzeption einer wahrhaft nationalen Politik enthält.

Die deutsche Großbourgeoisie hat den Anspruch auf Führung der Nation verspielt. Die deutsche Nationalstaatlichkeit kann nur unter Führung der Arbeiterklasse wieder hergestellt werden. Die Zukunft der deutschen Wissenschaft liegt nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse.

Der Souveränität der DDR muß Achtung verschafft werden, damit die unfriedliche Koexistenz in Deutschland durch die friedliche Koexistenz ersetzt wird.

Unsere Wissenschaft trägt den Stempel der Arbeiter-und-Bauern-Macht, in Westdeutschland dient die Wissenschaft dem Bonner Staat und seinen Monopolen. Zwischen beiden kann es keine Einheit geben.

Wir wollen das Bündnis mit den humanistischen Kräften.

Wir treten auch auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Beziehungen dafür ein, daß das Prinzip der friedlichen Koexistenz Geltung hat.

Der Erfolg im Kampf um die Durchsetzung der nationalen Politik in Deutschland hängt entscheidend von der weiteren Stärkung der DDR ab. Daran haben auch die Wissenschaftler einen großen Anteil.



Vor über 800 Professoren, Dozenten, Nachwuchswissenschaftlern und Studenten höherer Semester sprach am Montagabend Genosse Prof. Kurt Hager, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der SED im überfüllten großen Hörsaal des Physiologischen Instituts. Prof. Hager sprach im Rahmen des Marxistischen Kolloquiums zum Thema: „Wissenschaft und Nation“. Seine Ausführungen vor dem Lehrkörper der Karl-Marx-Universität waren um so bedeutsamer, als sie einen Tag nach der Begründung des nationalen Grundsatzprogrammes durch den Genossen Walter Ulbricht vor dem Nationalrat der Nationalen Front ein unmittelbarer Auftakt waren, über dieses Dokument an der Universität die Aussprache zu beginnen. Die Ausführungen von Genossen Prof. Hager wurden von den Wissenschaftlern mit lebhaftem Interesse und großem Beifall aufgenommen.

„Wenn es ein Problem gibt, zu dem die Wissenschaft Stellung nehmen muß, so ist es das Problem Krieg oder Frieden. Sich dafür einzusetzen, daß die Wissenschaft dem Frieden dient, das ist die höchste nationale Pflicht eines Wissenschaftlers“, betonte Prof. Hager.

Auf die gegenwärtig in Genf tagende Abrüstungskonferenz eingehend, sagte der Sekretär des ZK der SED: „Die Idee der Abrüstung ist zum Besitztum, zum geistigen Eigentum vieler Menschen der Welt geworden. Deshalb müssen die Staatsmänner aller Länder dieser Idee Rechnung tragen.“ (Fortsetzung auf Seite 2)

### Die westdeutsche Ostforschung wirksam bekämpfen

Die neuen Erscheinungsformen und Methoden der westdeutschen Ostforschung standen am 22. und 23. März im Mittelpunkt der vom Institut für Geschichte der europäischen Volkedemokratien veranstalteten Beratung der Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der westdeutschen Ostforschung. An dieser Tagung nahmen etwa 50 Wissenschaftler: Historiker, Slawisten, Pädagogen, Kunsthistoriker und Journalisten von fast allen Universitäten der DDR sowie zwei polnische und ein tschechoslowakischer Wissenschaftler teil.

Die Diskussionsgrundlage, die Dr. phil. habil. E. Wolfgramm von unserem Institut für Geschichte der europäischen Volkedemokratien über diese Problematik gab, wurde durch Vorträge über die Reaktion der westdeutschen Ostforscher auf die Welthistorischen Beschlüsse des XXII. Partes des KPdSU (Schlesinger, Berlin) und über die Fälschungsmethoden dieser reaktionären Wissenschaftsdisziplin in Westdeutschland (Prof. Dr. Spru) ergänzt.

Wie schon bei den vorangegangenen Tagungen der Arbeitsgemeinschaft waren die Ausführungen des polnischen Wissenschaftlers Jan Zaborowski, dieses Mal über den Neostalinismus und den „Sowjetologen“ Bochenski sowie über den imperialistischen Europagedanken, interessant und lehrreich. Diskutiert wurden auch Fragen über die

österreichische Ost- und vor allem Südostforschung.

In der Nachmittagsitzung des 23. März referierte Dr. Ingrid Schulze (Halle) über die Kunstgeschichtsforschung im Rahmen der imperialistischen deutschen Ostpolitik. Das Referat zeigte anschaulich, auf welchen Wegen auch unsere Kunsthistoriker einen wichtigen Beitrag zur Entlarvung und Unschildlichmachung des deutschen Imperialismus und Militarismus leisten können. An der lebhaften Diskussion über dieses Referat beteiligten sich u. a. Kunsthistoriker aus Weimar, Berlin, Rostock und Leipzig.

Die gesamte Tagung führte den Anwesenden vor Augen, daß die Wissenschaftler der verschiedensten Fachgebiete in der DDR die vorrangigste Aufgabe haben, in enger Zusammenarbeit mit den Kollegen der anderen sozialistischen Staaten, den Kampf gegen die reaktionäre westdeutsche Ostforschung noch energischer und überzeugender zu führen. Es gilt, die Rolle der Ostforschung in Vergangenheit und Gegenwart als ideologische Waffe des Antikommunismus und des imperialistischen Dranges nach dem Osten noch schärfer vor der Öffentlichkeit zu entlarven und damit die Mission zu erfüllen, die uns Gesellschaftswissenschaftler im großen Ringen der beiden Ideologien, der sozialistischen und der imperialistischen, zufällt.

Dr. Claus Renner

In der ersten Reihe beim Marxistischen Kolloquium (von rechts nach links): Prof. Dr. Richter, Vorsitzender der UGL, Prorektor Prof. Dr. Werner, Prorektor Prof. Dr. Mähle, Prof. Dr. Quosa, Prof. Dr. Hensel. Foto: HPBS

Den ersten Teil seines Vortrages widmete Genosse Prof. Hager der gesellschaftlichen Verantwortung des Wissenschaftlers. Er ging davon aus, daß die Wissenschaftler der DDR den untrennbaren Zusammenhang von Wissenschaft und Politik immer tiefer erkennen. In dieser Hinsicht können uns die fortschrittlichen Ideen solcher humanistisch und patriotisch gesinnter Wissenschaftler, wie Albert Einstein oder Max Planck, stets Vorbild sein. Albert Einstein sei immer ein Gegner chauvinistischer Äußerungen gewesen, er verachtete den Krieg und den preußischen Militarismus und war allem Neuen aufgeschlossen. Als Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos forderte er die Planwirtschaft. „Wir verwirklichen heute in der DDR die Forderung Einsteins nach einer neuen Ordnung, die auf der Planwirtschaft beruht“, sagte Prof. Kurt Hager. Das Eintreten der 18 westdeutschen Physiker gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, die Äußerungen Prof. Bernals oder Prof. Paulings zur Genfer Abrüstungskonferenz u. a. widerlegten die These, daß die Wissenschaft neutral bleiben könne.

### Prozentuale Lebenschancen?

Die Welt schaut hoffnungsvoll nach Genf. Allorts werden die Abrüstungsberatungen verfolgt und diskutiert.

Auch unsere Wissenschaftler und Studenten beglücken die Vorschläge der Sowjetunion für die allgemeine und vollständige Abrüstung. In diesem Zusammenhang meinte jemand an der Medizinischen Fakultät, die Sowjetunion solle doch vorläufig auf den „Vorschlag“ der Westmächte eingehen. Damit werde zwar nicht die allgemeine Abrüstung erreicht, aber schließlich sei die Bereitschaft, 30 Prozent der Kernwaffen in der ersten Etappe zu vernichten, besser als gar nichts.

Was ist das für eine „Bereitschaft“? Die USA hatten sich bekanntlich in ihrer in vieler Hinsicht gewohnt großspürigen Art gebrüht, ein Kernwaffenpotential zu besitzen, das ausreichen würde, die Menschheit dreimal zu vernichten.

Und nun dieser Propagandatrick, dieses „großzügige“ zynische Angebot, die Menschheit nur zweimal, statt dreimal vernichten zu wollen! Eine Variante übrigens, um den gewaltigen Druck des eigenen Volkes und der gesamten friedliebenden Menschheit, dem Willen nach Sicherheit und Frieden, in üblicher Weise Rechnung zu tragen. Mediziner und selbst Leinen wissen, daß ein Krebsgeschwür, zu 30 Prozent beseitigt, eine akute Gefahr für das Leben des Patienten bleibt. Ebenso beseitigt der Vorschlag des Mister Rusk, innerhalb von drei Jahren – zudem eine sehr lange Zeitspanne für die erste Etappe – 30 Prozent der Kernwaffen zu vernichten auf Grund des bestehenden Kernwaffen-Reservoirs die Gefahr eines nuklearen Krieges, sprich: einer totalen Ausrottung der Menschheit, keineswegs. Das einzig reale, das einzig menschliche Programm legte deshalb die Sowjetunion auf den Genfer Verhandlungstisch: Vollständige Vernichtung sämtlicher Mittel zur Beförderung von Kernwaffen bei gleichzeitiger Auflösung der im Ausland bestehenden Militärstützpunkte bereits in der ersten Abrüstungs-Etappe – diese Vorschläge begünstigt die Völker und stimmen sie zuversichtlich. Sie würden keine statistischen Manipulationen. -Sto-

### Unter unserer Würde

Aus einem Gespräch, das die „Universitätszeitung“ mit Dr. Wilfried Wehner, wissenschaftlicher Assistent an der Chirurgischen Klinik führte, greifen wir hier zwei Fragen heraus:

**Universitätszeitung:** Wie alljährlich, findet zu Ostern der Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie in München statt. Herr Dr. Wehner, wie denken Sie über einen Besuch dieses Kongresses von Chirurgen aus der DDR?

**Dr. Wehner:** Wir halten es für unter unserer Würde, bei den gegenwärtigen Bedingungen im militaristischen Westzonenstaat nach München zu fahren. In der Ärzteschaft unserer Klinik sprachen wir uns darüber aus. Die von einzelnen zunächst geäußerte Frage, ob wir nicht durch unser Auftreten während dieses Kongresses in dem Sinne politisch wirksam werden, daß wir das Ansehen unseres Staates erhöhen, klärten wir gemeinsam. Wir legten dar, daß so ein Kongreßbesuch unsererseits ein Dulden, ein Gewährenlassen der Ultras kundtut, die unsere Republik in jeder Weise schädigen wollen. Das hieße meiner Meinung nach, die Schutzmaßnah-

men, mit denen unsere Regierung den Aggressionsabsichten der Bonner Mathhaber einen Riegel verschieben, aufzuweichen.

**Universitätszeitung:** Wie könnten nach Ihrer Ansicht die wissenschaftlichen Leistungen der Klinik erhöht werden, was das Wichtigste bei der Stärkung unserer Republik ist?

**Dr. Wehner:** Wir sollten alle Reserven überprüfen, um maximale Ergebnisse in unserer Arbeit zu erreichen. Dazu gehört die Entlastung der Klinik bei der Durchführung niveauevoller Kongresse hier bei uns. So übertrug uns die Akademie für ärztliche Fortbildung die schöne Aufgabe, den zur Zeit in Leipzig laufenden Fortbildungskongreß Traumatologie, den Professor Dr. Uebermuth leitet, in der Hauptsache zu gestalten. Der Kongreß, zu dem sich die Chirurgen der DDR zu einer regen Diskussion getroffen haben, ist sehr gut besucht.

Sehr am Herzen liegt uns ein enger Kontakt mit den befreundeten sozialistischen Ländern. Durch unsere vergangenen Reisen nach Moskau, Leningrad, Prag und Bukarest haben wir wertvolle Kontakte aufgenommen, die wir ausbauen wünschen.